

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren!

Die Verabschiedung des Haushalts 2011 bietet in zweierlei Hinsicht ein Novum in der Geschichte des Rates der Stadt Münster:

Zum einen ist es durch die Bildung der großen Koalition von CDU und SPD für die Verabschiedung des Haushalts 2011 gelungen, eine Zusammenarbeit von zwei Volksparteien zu erreichen, die nicht nur auf Bundes- und Landesebene über Erfahrungen in der Regierungsarbeit verfügen, sondern die ihre Handlungsfähigkeit zuletzt in der schwierigen Phase der Weltwirtschaftskrise erfolgreich unter Beweis gestellt haben.

Durch diesen Schritt konnte das unberechenbare und sicherlich nicht unbedingt an verantwortungsbewusster Haushaltspolitik interessierte Linksbündnis abgelöst werden.

Zum zweiten müssen wir heute erstmalig Steuererhöhungen auf breitester Front beschließen, um einen halbwegs tragfähigen Haushalt verabschieden zu können. Denn das ist leider der einzige Weg, um eine Haushaltssicherung zu vermeiden!

In der letzten Wahlperiode haben CDU und FDP in großem Stil Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen, die für viele Bürger und Bürgerinnen auch zu schmerzhaften Einschnitten geführt haben. Ich möchte heute für unsere Fraktion noch einmal betonen: Zu dieser Sparpolitik gab es keine Alternative!

Den unbequemerem Weg gewählt

Hätten wir damals das umfassende Sparpaket nicht beschlossen und wären statt dessen den unter damaligen Umständen bequemeren Weg der Steuererhöhung gegangen, wären wir in der Wirtschaftskrise mit den weg brechenden Gewerbesteuererinnahmen nicht mehr mit einem blauen Auge davon gekommen, sondern wären mit Sicherheit in der Haushaltssicherung gelandet.

Denn an der Steuerschraube kann nicht unbegrenzt gedreht werden. Nur war damals auch in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für drastische notwendige Einschnitte noch nicht so ausgeprägt wie es das heute sicherlich in breitesten Kreisen der Bevölkerung ist.

Und auch heute ist es mit diesem Haushalt wieder unsere Aufgabe, die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft der Stadt Münster zu stellen. In einer wirtschaftlich noch immer sehr schwierigen Situation brauchen wir ein umfassendes und intelligentes Sparpaket, das auf mehreren Säulen fußt und so einen angemessenen und machbaren Beitrag von allen erfordert.

Deshalb ist es richtig, dass das in der Ratssitzung vom 9. Juni.2010 von der Verwaltung eingebrachte Sparpaket einen Spar-Dreiklang vorsieht, der besteht aus

1. Budgetkürzungen in der Verwaltung selbst
2. geringere Leistungen für die Bürger und
3. Steuererhöhungen sowohl für Hausbesitzer und Mieter über die Grundsteuer als auch die Wirtschaft über die Gewerbesteuer.

Nur so konnte und wird auch in Zukunft eine von Gruppeninteressen geprägte Haushaltsdiskussion vermieden und eine Diskussion der gemeinsamen Verantwortung für diese Stadt möglich werden.

Warum jetzt Steuererhöhungen?

Ich möchte mit der dritten Säule, den Steuererhöhungen, beginnen.

Nicht nur für Liberale ist es von ihrem Grundverständnis heraus schwierig, sich offensiv mit Steuererhöhungen auseinanderzusetzen. Alle bürgerlichen Parteien im Bundestag haben sich im letzten Jahrzehnt für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft eingesetzt.

Nicht zuletzt war es die rot-grüne Bundesregierung, die den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent und die Unternehmenssteuern von 40 bzw. 30 auf 25 Prozent deutlich gesenkt hat. Beide Parteien haben dieses insbesondere mit Blick auf die Körperschaftssteuer natürlich nicht getan, weil sie den großen Unternehmen im Land eine Gefälligkeit erweisen wollten, sondern weil beide Parteien die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen stärken und damit einen Beitrag für Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland leisten wollten.

In einer solchen Situation ist es uns mitten im Wahlkampf des vergangenen Jahres nicht leicht gefallen, noch im Juni 2009 nach dem deutlichen Einbruch bei den Gewerbesteuern eine Kurskorrektur vorzunehmen. Denn die katastrophale Entwicklung der Finanzen in Deutschland war vielen auch schon zu diesem Zeitpunkt bekannt.

Wir haben vor den Wahlen, ich möchte betonen, vor den Wahlen, deutlich gemacht, dass die Option einer befristeten Gewerbesteuererhöhung offen gehalten werden muss, um die Haushaltssicherung abzuwenden. Genau dieses Versprechen, das wir vor den Wahlen gegeben haben, haben wir aktuell mit unserem Antrag zur befristeten Gewerbesteuererhöhung eingelöst. Wir gehen nicht den populistischen Weg der Ablehnung der Gewerbesteuererhöhung - weder vor den Wahlen noch nach den Wahlen.

Die Befristung dieser Steuererhöhung ist aus unserer Sicht für die Wirtschaft aber dringend notwendig. Denn natürlich befinden sich auch die münsterschen Unternehmen in einem Wettbewerb. Und natürlich verringern sich ihre Wettbewerbschancen bei einem immer größeren Finanzierungsbeitrag durch mittelfristig höhere Gewerbesteuern!

Eine solche Verschlechterung der Wettbewerbschancen schlägt sofort auf Arbeits- und Ausbildungsplätze in Münster durch. Gerade der Mittelstand, der sich in der Weltwirtschaftskrise in unserer Region als Garant für Arbeits- und Ausbildungsplätze gezeigt hat, darf auf Dauer nicht einseitig zusätzlich belastet werden.

Einnahmeverbesserungen mit Augenmaß

Wir tragen auch die Grundsteuererhöhung mit, die alle treffen wird, Mieter wie Hausbesitzer. Die Grundsteuer B ist eine wichtige Finanzierungsquelle für das Vorhalten einer sehr guten Infrastruktur für alle. Sie wird auch von allen für alle gezahlt. Auch mit den höheren Grundsteuerhebesätzen werden wir uns immer noch im Mittelfeld der Großstädte in NRW bewegen.

Über die Einführung einer neuen Steuer, der Zweitwohnsitzsteuer, haben wir lange und intensive Diskussionen insbesondere mit den Jungen Liberalen geführt. Wir sind nicht schnell auf den Zug aufgesprungen, den SPD und CDU schon vor Monaten angeschoben haben.

Letztendlich haben wir uns für die Zweitwohnsitzsteuer, begleitet von einer modernen und umfassenden Erstwohnsitzkampagne, entschieden. Durch diese werden wir dann - zumindest nach aktuellen Berechnungen der Verwaltung - in den Genuss von Landesmitteln in Höhe von 4 Mio. € kommen, die wir ansonsten an anderer Stelle noch hätten zusätzlich einsparen müssen.

Sollte es allerdings wirklich zu einer Änderung der Gemeindefinanzierung kommen - die Wahrscheinlichkeit sei einmal dahingestellt - werden wir über die Zweitwohnsitzsteuer aber natürlich noch einmal neu diskutieren müssen.

Diese Einnahmeverbesserungen über die Steuererhöhungen tragen wir mit. Wir haben aber immer betont, dass ein verantwortungsvolles Sparpaket nicht nur aus Steuererhöhungen bestehen kann, sondern mindestens in gleichem Maße Sparmaßnahmen beinhalten muss.

Wie belastbar sind die Zahlen und Ideen der Verwaltung?

An drei Beispielen aus der zweiten Säule kann man erkennen, wie schwer es für ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker war, die Vielzahl der von der Verwaltung vorgelegten Sparvorschläge auf ihre Sinnhaftigkeit und ihre Belastbarkeit zu überprüfen. Schauen wir zunächst darauf, wie die Verwaltung selbst mit einigen Vorschlägen umgegangen ist:

Unter Nr. 124 schlägt die Verwaltung am 09.06.2010 vor, die Stellen von zwei Köchinnen in zwei städtischen KiTas zu streichen. Als Bürgerwirkung verweist die Verwaltung auf geringere Essensgeldkosten für die Kinder und die Umsetzung in 27 KiTas. Die beiden betroffenen Einrichtungen wenden sich nun nicht nur mit ihrer eigenen, von den Verwaltungsberechnungen abweichenden, Kostenkalkulation an die Stadt, sondern auch an die politischen Parteien.

Zur Vorbereitung unserer Klausurtagung zum Haushalt erbitten wir per Mail vom 14.09.2010 eine Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Eingabe der betroffenen KiTas. Per Email vom 30.09.2010 erhalten wir wie auch die KiTas die Auskunft, dass es sehr wohl zu einer Einsparung von 30.000 € pro Jahr kommen würde.

Wir als FDP haben natürlich dieser Darstellung der Fachverwaltung geglaubt und haben diesem Sparvorschlag zugestimmt. Mit Schreiben vom 09.11.2010 teilt uns dann jedoch der zuständige Dezernent mit: Kehrt Marsch, der Vorschlag wird zurückgezogen, die genannte Einsparsumme ist doch nicht realisierbar.

Zweites Beispiel: In ihrem Sparvorschlag Nr. 71 hat die Verwaltung die Schließung der Bürgerbüros Coerde, Gievenbeck und Gremmendorf mit einer Einsparung von 56.000 € vorgeschlagen. Die betroffenen Bezirksvertretungen lehnten diesen Vorschlag - wie zu erwarten - ab.

Wir haben nach langer kontroverser Diskussion entschieden, diesen Vorschlag des Oberbürgermeisters und der Verwaltung zu unterstützen, auch wenn uns natürlich bewusst war, dass diese Maßnahme einen wirklichen Einschnitt in die Leistungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Stadtteilen bedeuten würde.

Mit Schreiben vom 09.11.2010 teilte uns jetzt der zuständige Dezernent mit, dass die genannte Einsparsumme auch bei einer Beibehaltung der Bürgerbüros realisiert werden könne. Folgerichtig hätten wir also noch mehr einsparen können.

Und schließlich: Dort, wo sich starker Widerstand bildete wie etwa in Hilstrup, als die Verwaltung die Aufgabe des Betriebs der Stadthalle und die Verwertung der Liegenschaft vorschlug, wurde sehr schnell ein Gang rückwärts eingelegt. Die Maßnahme war vom Tisch.

Ob diese konkreten Einsparvorschläge der Verwaltung also wirklich belastbar gewesen wären, würde ich zumindest einmal mit einem dicken Fragezeichen versehen. Genauso muss sich im Laufe der nächsten Jahre zeigen, wie tragfähig die jetzt beschlossenen Maßnahmen mit den Einspargrößen sind.

Umsetzungsfahrplan für Pauschal-Einsparungen dringend nötig

Dazu das Beispiel der Säule 1: Da schlägt die Verwaltung für die Jahre 2012 – 2014 vor, 3 Mio. € durch die Organisationsentwicklung in der Verwaltung einzusparen, ohne hinreichend darauf einzugehen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. CDU und SPD machen daraus kurzerhand 6 Mio. €, so dass eine rechnerische Verbesserung von 3 Mio. € im Haushalt zustande kommt. Wir haben schon im Ausschuss zu Protokoll gegeben, dass wir genauestens darauf achten werden, ob und wie diese Ziele umgesetzt werden.

Denn Einigkeit besteht wohl zwischen allen Ratsfraktionen, dass die Umsetzung dieser beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen in der alltäglichen Arbeit der Verwaltung intensiv von den Ratsgremien begleitet werden muss. Dafür ist es erforderlich, dass die Verwaltung

schnellstmöglich einen detaillierten Umsetzungsfahrplan vorlegt und die Gremien auch unterjährig über eventuelle Abweichungen informiert.

Chancen für eine Kursänderung werden verpasst

Darüber hinaus hat es die Große Haushaltskoalition nach unserer Meinung aber leider unterlassen, Prestigeprojekte des alten Linksbündnisses noch einmal daraufhin zu überprüfen, ob diese Maßnahmen überhaupt noch in die Zeit des Sparens passen und ob es nicht eigentlich notwendig ist, eine klare Kursänderung zu beschließen.

Die Mittel für die Machbarkeitsstudie für ein neues Südbad haben wir zur Streichung vorgeschlagen. Jeder im Raum weiß, dass wir uns mittel- und ich befürchte auch langfristig - ein neues städtisches Südbad nicht leisten können. Unser Antrag wurde mit breitester Mehrheit abgelehnt.

Der jetzt bekannt gewordenen Idee eines Investors, ein „Badehaus im Südviertel“ anstelle des Südbads errichten zu wollen, würde sich die FDP nicht verschließen, falls Bau und Betrieb ohne offene oder verdeckte Zuschüsse geplant werden. Was den Grundstückspreis angeht: Hier kann man sehr wohl über einen fairen, aber nicht über einen subventionierten Preis reden.

Auch der Münster-Pass belastet den Haushalt jedes Jahr zusätzlich mit mindestens 800.000 €. Angesichts unserer Haushaltslage von einem „Erfolg“ zu sprechen, wenn zusätzliche Mittel ohne jede rechtliche Verpflichtung ausgegeben werden, ist für mich nicht nachvollziehbar. Wir müssen uns auch ohne Münster-Pass wahrlich nicht hinter anderen Städten verstecken, was die soziale Ausrichtung unserer Stadt angeht!

Auch unser Vorschlag, zukünftig auch alle neuen Sportprojekte aus dem 2-Mio-Topf der Sportförderung zu finanzieren, wurde abgelehnt. Es gibt nur wenige Städte, die über ein so umfangreiches Sportangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene verfügen wie Münster. Da muss es doch möglich sein, eine Verschiebung von wünschenswerten, aber zurzeit nicht finanzierbaren Maßnahmen vorzunehmen.

Aber immerhin konnten wir in letzter Minute im Finanzausschuss doch noch unseren schon wiederholt gestellten Antrag durchbringen, die Mittel für die Parkanlage Kinderbachtal zumindest mit einem Sperrvermerk zu versehen, um sie letztlich einzusparen.

Unterstützung fanden wir auch für unseren Vorschlag, für die bisher einheitlichen Gebühren für die Westfälische Schule für Musik eine Staffelung der Beiträge nach den Einkommenssituation der Eltern wie in den KiTas zumindest einmal für den Schulausschuss vorzubereiten.

Die Übertragung guter Modelle in der Zusammenarbeit von Hauptamtlichkeit und Ehrenamtlichkeit zu ermöglichen, wie es uns die Aaseebücherei und die Bücherei am Hansaplatz vormachen, war mit der Großen Haushaltskoalition nicht zu machen. Es ist offenbar nicht mehrheitsfähig, und so mittelfristig viele lokale Angebote unter dem Motto „Wir für uns“ vorzubereiten.

Wir denken da etwa an die Einbeziehung von Ehrenamtlichen in die Stadtteilbüchereien in Gievenbeck und Kinderhaus. Aber in der Opposition wird man ja bescheiden und so freuen wir uns, dass zumindest für das Stadtmuseum geprüft werden soll, ob Ehrenamtliche einbezogen werden können.

Prinzipien des Lean Management für Verwaltung nutzbar machen

Eine dauerhafte Konsolidierung unseres Haushalts wird nämlich nur möglich, wenn wir die Personalkosten in den Griff bekommen. Deshalb haben wir den Antrag eingebracht, ein übertragbares Konzept für ein „Lean Management“ aus der Wirtschaft für die Stadtverwaltung zu erarbeiten, um durch flachere Hierarchien Personalkosten einzusparen. Dieser Vorschlag soll erfreulicherweise umgesetzt werden. Den danach folgerichtigen zweiten Schritt zu tun, nämlich auf

Einstellungen außerhalb der KiTas zu verzichten und Stellenhebungen solange zurückzustellen, bis ein solches Konzept beschlossen werden wird - das wollte die Mehrheit leider nicht.

Aber nur, wenn wir unsere Hausaufgaben machen, jede Leistung und jede Maßnahme z.B. auch im Straßenbau auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen, verbleiben uns die notwendigen Mittel, um dort zu investieren, wo die Zukunft liegt: in Bildung. Wir haben es in Münster in den letzten 5 Jahren an die Spitze im Land beim Ausbau der U3-Betreuung gebracht, wir werden weiterhin das Ziel des bedarfsgerechten Ausbaus verfolgen.

Dafür benötigen wir die Rückendeckung des Landes genauso wie für das wichtige Feld der Schulsozialarbeit. Wenn SPD und Grüne die alte schwarz-gelbe Landesregierung wegen der in diesem Bereich unzureichenden Landesunterstützung angeprangert und im Wahlkampf Landesförderung versprochen haben, fordern wir diese jetzt auch ein. Deshalb soll die Stadt darauf bestehen, dass die Sozialpädagogen an Schulen aus dem Landesetat finanziert werden.

Die von der Großen Koalition beschlossene Anhebung der Einkommensgrenzen für KiTa und OGTS kostet 1,2 Mio € zusätzlich. Mittel, über die wir nicht verfügen: Wünschenswert, aber zurzeit nicht bezahlbar.

Wir werden bei knappen Mitteln Prioritäten setzen und uns besonders für den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen einsetzen. Denn alle Untersuchungen zeigen, dass dadurch nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die künstlerischen, musischen und sportlichen Fähigkeiten gefördert werden, sondern dass gerade die gebundene Ganztagschule Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern mehr Chancengerechtigkeit ermöglicht.

Diesen Haushalt muss die FDP ablehnen

Sie sehen: Haushaltskonsolidierung muss auch in den nächsten Jahren fortlaufend betrieben werden, denn sonst befinden wir uns in kurzer Zeit genau wieder dort, wo wir heute stehen.

Um das strukturelle Defizit in den Griff zu bekommen, gibt es zu echten Einsparungen mit Leistungsabbau keine Alternative. Denn Steuererhöhungen in diesem Umfang dürfen nicht zur Selbstverständlichkeit werden, weil uns in der Politik der Mut und die Kraft fehlen, zur richtigen Zeit auch unpopuläre Entscheidungen treffen zu können. Zum Streichen von Leistungen gehört aber der ständige Dialog mit den Bürgern, um Verständnis für diese Einschnitte zu wecken.

Heute werden wir den Haushalt ablehnen, weil die notwendige strikte Kurskorrektur zum Umdenken und Einsparen nicht vollzogen worden ist. Das heißt aber nicht, dass wir unsere zukünftige Rolle gegenüber dem (nur?) Haushaltsbündnis aus CDU und SPD im Ablehnen und Nein-Sagen sehen. Aus der Opposition heraus werden wir weiter konstruktiv für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Münster arbeiten.